

*Veranstaltungsbericht (KT/02-2018)
zum gemeinsamen Treffen der Kompetenzteams
und des Diskursbeirats des Kopernikus-Projektes ENavi
am 19. November 2018, Berlin, Naturschutzbund
Deutschland (NABU) e.V.*

VERBRAUCHERFREUNDLICHE & VERBRAUCHERGESTÜTZTE ENERGIEWENDE: **WAS SIND ANSATZPUNKTE FÜR DIE POLITIK?**

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

IMPRESSUM

Autorinnen und Autoren

Dr. Marion Dreyer: dreyer@dialogik-expert.de

Frank Dratsdrummer: dratsdrummer@dialogik-expert.de

Dr. Steffi Ober: steffi.ober@forschungswende.de

Dr. Piet Sellke: sellke@dialogik-expert.de

Frank Ulmer: ulmer@dialogik-expert.de

Herausgeber

DIALOGIK gemeinnützige GmbH für
Kommunikations- und Kooperationsforschung
Lerchenstraße 22, 70176 Stuttgart
www.dialogik-expert.de

Stand: Februar/2019



INHALT

ENAVI.....	01
ZIELE DER VERANSTALTUNG	02
VORTRÄGE.....	03
DISKUSSION	05
NÄCHSTE SCHRITTE.....	09
Veranstaltungsprogramm.....	10
Teilnehmerinnen und Teilnehmer	11
Verantwortliche	12



ENavi: Energiewende bedeutet, einen gesamtgesellschaftlichen Umbauprozess zu gestalten

Wissenschaft und Praxis: Gemeinsam für die Energiewende

Mit der Energiewende hat sich Deutschland das Ziel einer nachhaltigen Energieversorgung gesetzt, die weitgehend CO₂-neutral ist und auf erneuerbaren Energien beruht. Die Umgestaltung der Energieversorgung erfordert den Einsatz vieler Akteure und das Zusammenwirken einer Vielzahl von Bereichen.

Das Forschungsprojekt *Energiewende-Navigationssystem zur Erfassung, Analyse und Simulation der systemischen Vernetzungen* (ENavi) betrachtet die Energiewende als einen gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozess und untersucht die Wechselwirkungen und Schnittstellen zwischen technologischen Entwicklungen, Geschäftsmodellen, Politikmaßnahmen sowie dem Verhalten von Konsument*innen und Bürger*innen.

Der kontinuierliche Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis ist ein zentrales Anliegen und Kennzeichen von ENavi. Die drei Kompetenzteams *Mobilität, Infrastruktur/Netze* und *Wärme/Gebäude* spielen dafür eine wesentliche Rolle. Die Kompetenzteams bringen Personen aus Wirtschaft, Technik, Verbänden und Zivilgesellschaft zusammen, die besonderes Praxis- und Erfahrungswissen für das jeweilige Handlungsfeld der Energieversorgung besitzen.

ENavi zielt darauf ab

- ein tieferes Verständnis des komplexen Energiesystems und den damit verbundenen Bereichen wie Industrie, Mobilität und Konsum zu gewinnen,
- Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, wie die Komponenten des zukünftigen Energiesystems unter Berücksichtigung der energiepolitischen Ziele und Randbedingungen (u.a. rechtlicher Rahmen) sinnvoll integriert werden können,
- so präzise wie möglich abzuschätzen, welche Folgen eine bestimmte Energiewende-Maßnahme auf das Energiesystem und damit verbundene Bereiche haben würde,
- im Dialog mit gesellschaftlichen Akteuren (transdisziplinärer Diskurs) Optionen für wirksame Transformationsansätze zu entwickeln.

Die Kompetenzteams haben sich am 19. November 2018 in Berlin in der Geschäftsstelle des Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V. zum vierten Mal getroffen.

Dieses Treffen fand gemeinsam mit dem Diskursbeirat von ENavi statt. Der Diskursbeirat setzt sich aus Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung, vorwiegend aus Abgeordneten des Deutschen Bundestags zusammen. Er unterstützt ENavi unter anderem darin, geeignete Transferstrategien für die Vermittlung von Forschungsergebnissen in die aktuelle Energiepolitik zu entwickeln.

Der vorliegende Bericht gibt einen Überblick über die wichtigsten Programmpunkte der Veranstaltung mit **Kompetenzteams**, **Diskursbeirat** und **ENavi-Wissenschaftler*innen**. Insbesondere fasst er die Überlegungen und Vorschläge aus der gemeinsamen Diskussion zur Frage zusammen, wie die Energiewendepolitik verbraucherfreundlicher, verbrauchergestützter und sozial verträglicher gestaltet werden könnte.

Die Organisator*innen der Veranstaltung wünschen eine informative und anregende Lektüre.*

Frank Dratsdrummer, Marion Dreyer, Steffi Ober, Piet Sellke und Frank Ulmer

* Wir danken Jahn Harrison für seine Unterstützung auf der Veranstaltung



VERBRAUCHERFREUNDLICHE & VERBRAUCHERGESTÜTZTE ENERGIEWENDE. WAS SIND ANSATZPUNKTE FÜR DIE POLITIK?

Aus dem IPCC-Sonderbericht 2018, so die Wochenzeitung *Die Zeit*, stellen sich drängende Fragen an die Regierung, Energieunternehmen und »auch an uns Bürgerinnen und Bürger [...]: Wie viel Zeit wollen wir noch verstreichen lassen, bis wir endlich anfangen, an einer Lösung des Problems zu arbeiten? Wir alle müssen endlich anfangen, das Risiko zu minimieren: in unserem Alltag, im Kollegenkreis, in der Wahlkabine, auf der Straße. Lösen können wir das Problem nur gemeinsam, denn das Kollektiv hat sich diesen klimaschädlichen Lebensstil geschaffen.«

Würde die Politik bei Energiewendemaßnahmen mutiger werden, wenn es deutlichere Zeichen eines Risikobewusstseins und entsprechender Handlungsbereitschaft aus der Bevölkerung heraus gäbe? Die Angst vor der Katastrophe allein wird diese Signale vermutlich nicht auslösen – es braucht dazu auch eine gezielte Stärkung von Handlungsbereitschaft und Handlungskapazitäten – wie kann das aussehen? Und wie kann die Politik dazu beitragen? Wie wichtig ist es dabei, dass Bürger*innen und Verbraucher*innen die Ausgestaltung und Umsetzung der Energiewende als sozial gerecht erfahren?

Die Veranstaltung widmete sich diesen und weiteren Fragen rund um soziale Dimensionen der Energiewende wie Verhaltensänderungsbereitschaften, Einstellungen und Gerechtigkeitsvorstellungen.

Die Veranstaltung verfolgte vor allem diese Ziele

- den Mitgliedern des Diskursbeirats und der Kompetenzteams aktuelle Forschungsergebnisse aus ENavi zur sozialen Dimension der Energiewende vorzustellen;
- Rückmeldungen zu diesen Ergebnissen und vor allem den (vorläufigen) Schlussfolgerungen zu möglichen Politikempfehlungen einzuholen, um diese in die weitere Forschungsarbeit einfließen zu lassen;
- Diskussion und Vernetzung zwischen Politik, Praxisakteuren und Wissenschaft in einer lockeren abendlichen Veranstaltung.

AKZEPTANZ UND VERHALTENSÄNDERUNG

Nach der Begrüßung durch die Organisator*innen sprach Prof. Ellen Matthies zu **»Akzeptanz und Verhaltensänderung – Zwei Seiten der gleichen Medaille?«**

Frau Matthies behandelte in ihrem Impulsvortrag die häufig adressierten Widersprüche zwischen Akzeptanz und Verhalten sowie zwischen Wissen und Handeln aus psychologischer Perspektive. Der Großteil der deutschen Bevölkerung findet zum Beispiel Klimapolitik wichtig oder sehr wichtig, das Verhalten der meisten Menschen ist aber größtenteils wenig klimafreundlich. Ellen Matthies erläuterte, dass Menschen komplexen Handlungsbedingungen unterliegen, die es vielen Menschen nicht nahelegen, im eigenen Haushalt und Alltagsleben in Übereinstimmung mit dem gesellschaftlichen und individuellen Problembewusstsein zu handeln, etwa indem sie in erneuerbare Energien investieren oder beim Verkehr auf alternative Antriebe umsteigen. Sie hob insbesondere die Aneignung von

Gewohnheiten (Habitualisierung) und die Tendenz, Verluste höher zu gewichten als Gewinne (Verlustaversion, die v.a. Investitionen in energieeffiziente Technologien blockieren kann) als Hindernisse für energiewendefreundliche Verhaltensanpassungen hervor. Ein Steuern hin zu Verhaltensänderungen im Konsum (Wärme, Mobilität) erfordere es, dass erwünschte Verhaltensweisen erleichtert bzw. unerwünschte erschwert würden, z.B. durch starke Anreize, Bepreisung und Regulierung. Eine Kernaussage von Ellen Matthies lautete, dass Widersprüchlichkeiten bei Problemwissen, Maßnahmenakzeptanz und Konsument*innenverhalten zu erwarten seien und ein hohes Problembewusstsein und hohe Maßnahmenakzeptanz (s. den Vortrag von Daniela Setton) nicht entwerteten: Letztere sollten als wichtige Ressource für die Energiewende wertgeschätzt werden.

[Download der Folien zum Vortrag](#)

Prof. Dr. Ellen Matthies
Otto-von-Guericke-Universität,
Magdeburg



»Problembewusstsein und Maßnahmenakzeptanz der Bürger*innen in Bezug auf Klimaschutz sollten als wichtige Ressource für die Energiewende wertgeschätzt werden – auch wenn sie sich nicht direkt in Verhaltensänderungen in Haushalt und Alltag umsetzen.«

GERECHTIGKEIT UND GERECHTIGKEITSEINSTELLUNGEN

Der zweite Impulsvortrag behandelte das Thema **»Gerechtigkeitsempfinden und Gerechtigkeitseinstellungen im Rahmen der Energiewende: Empirische Ergebnisse aus dem ‚Sozialen Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende«.**

Er wurde von Daniela Setton gehalten, der federführenden Autorin des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers, welches zu Fragen der sozialen Nachhaltigkeit der Energiewende eine solide empirische Basis bieten möchte.

Auf Grundlage einer internetbasierten, bevölkerungsrepräsentativen Haushaltsbefragung sollen Ergebnisse des Barometers dazu dienen, Handlungsfelder und Handlungsbedarfe zu identifizieren, zu welchen politische Maßnahmen erforderlich sind.

Daniela Setton präsentierte zentrale Ergebnisse des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers 2017 und ausgewählte erste Ergebnisse des Barometers 2018. Ein wichtiges Ergebnis der Befragung in beiden Jahren ist, dass es eine überwältigende gesellschaftliche

Unterstützung für die Energiewende als Idee und als Ziel gibt. Doch die Menschen sind unzufrieden damit, wie die Energiewende gestaltet wird. Sie wollen zum Beispiel gerechtere Lösungen zur Finanzierung der Energiewende, und eine Mehrheit lehnt die Ausnahmeregelung für energieintensive Unternehmen bei der Umlage des Erneuerbare Energien-Gesetzes ab. Die Befragung von 2018 zeigt, dass soziale Ungerechtigkeit im letzten Jahr als Thema noch kritischer geworden ist. Eine zentrale Frage, die Daniela Setton angesichts der von ihr vorgestellten Ergebnisse stellte, lautete: »Müssen wir nicht Menschen belohnen, die wenig zum Problem beitragen – also diejenigen, die wenig Energie verbrauchen?« Geringverdienende Haushalte, die, absolut betrachtet, häufig weniger Energie verbrauchen, profitieren zum Beispiel nicht von einer Kaufprämie für Elektroautos. Generell plädierte Daniela Setton für eine stärker proaktive Politik und staatliche Investitionen als Signal an die Bevölkerung, dass die Energiewende gewollt und unterstützt wird.

[Download der Folien zum Vortrag](#)

Daniela Setton
Institut für transformative
Nachhaltigkeitsforschung,
Potsdam



»Einkommensschwache Haushalte tragen am wenigsten zu CO2-Emissionen bei. Müssten wir nicht Menschen belohnen, die wenig zum Problem beitragen – also diejenigen, die wenig Energie verbrauchen? Das sind genau die, die zumeist nicht von Subventionen zur Förderung der Energiewende profitieren.«



Im Anschluss an die Vorträge erfolgten weitere Impulse von Mitgliedern des Diskursbeirats und der Kompetenzteams in Form von spontanen Reaktionen auf ausgewählte Statements. Zu diesen wurden sie vom Moderationsteam kurz interviewt (*Programmteil ›Wo ist Norden‹*). Auf dieser Basis diskutierten die Teilnehmer*innen der Veranstaltung, wie Verhaltensänderungsbereitschaften und Handlungskapazitäten von Verbraucher*innen gestärkt und die Lasten und Kosten bei der Umsetzung der Energiewende sozial gerecht(er) verteilt werden könnten. Im Folgenden werden zentrale Botschaften aus diesem Austausch präsentiert.

VERHALTENSÄNDERUNGEN (1/2)

Es bedarf einer proaktiven Politik mit staatlichen Investitionen, die einen unterstützenden Handlungsrahmen setzt

Es ist eine große Herausforderung, energiewendefreundliches Verhalten zur eigenen Lebensrealität zu machen. Grund hierfür ist unter anderem, dass das Alltagshandeln zumeist vorrangig auf andere Motivationen als auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz ausgerichtet ist. Daher kann aus dem Widerspruch von Akzeptanz und Verhalten nur Folgendes abgeleitet werden: Es bedarf einer unterstützenden Politik, die über **starke Anreize, Besteuerung und Regularien** bewirkt, dass sich Menschen in Übereinstimmung mit ihren eigentlichen Klimaschutzüberzeugungen verhalten können. Das schließt Verbote wie zum Beispiel Tempo 120 auf Autobahnen nicht aus.

Es bedarf an Experimentierräumen, in denen Menschen neue Erfahrungen machen können und müssen

In Experimentierräumen (zum Beispiel in sogenannten ›Reallaboren‹, die in der Regel auf mindestens 2 Jahre hin ausgelegt sind) können Menschen durch veränderte Rahmenbedingungen ein bestimmtes Verhalten ausprobieren und sich an dieses Verhalten gewöhnen. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Menschen ihr neues Verhalten verstetigen, auch über die zeitliche Dauer des eigentlichen Experiments hinaus. Das zeigt die Erfahrung mit Umgehungsstraßen, die von einigen Menschen weiter befahren werden, auch nachdem die vormals gesperrte Straße wieder freigegeben ist. Wir brauchen besseres Wissen darüber, wie der **Mechanismus der Gewöhnung** an neue Umstände für die Energiewende genutzt werden kann.

Spielerische Elemente verbunden mit Gemeinschaftsbildung können verstärkt auf kommunaler Ebene genutzt werden, um private Haushalte zu Verhaltensänderungen zu motivieren

Die kommunale Verwaltung vermag Straßen zu sperren oder Parkraum zu verringern, aber kaum in private Haushalte einzugreifen. Eine Möglichkeit, Menschen zum Beispiel zu energiesparendem Verhalten im Haushalt zu motivieren, sind Kampagnen, in denen private Haushalte aufgerufen werden, sich zusammenzuschließen und gegen Ihre Bürgermeister*in zu wetten, dass die Gemeinde ihre CO₂-Emissionen um X Prozent verringern kann. Es gibt bereits vereinzelt Beispiele solcher Kampagnen. Bei Erreichung des Ziels gab es eine kleinere Belohnung für die Bürger*innen. Die stark motivierenden Elemente sind aber eher beim **Gemeinschafts- und Wettbewerbsaspekt** zu sehen:

VERHALTENSÄNDERUNGEN (2/2)

Diese erzeugen vor allem aus spielerischem Antrieb die Motivation, auf Dinge zu verzichten, auf die ansonsten nicht verzichtet würde.

Bei einkommensschwächeren Haushalten muss die Effizienzlücke geschlossen werden

Der absolute Verbrauch bei Geringverdiener-Haushalten ist zwar niedriger als bei einkommensstärkeren Haushalten. Da sie allerdings häufig über veraltete Technologien (zum Beispiel Haushaltsgeräte oder Heizungsanlagen) verfügen, verbrauchen einkommensschwächere Haushalte mehr Energie für den gleichen Nutzen, der bei Gebrauch effizienterer Technologie mit weniger Energieeinsatz erzielt werden könnte. Um diese Effizienzlücke zu schließen, müssen Geringverdiener-Haushalten effizientere Technologie zugänglich gemacht werden.

Es bedarf einer besseren Didaktik der Energiewende, und Chancen und Kostentransparenz müssen in den Fokus des Diskurses rücken

Wir brauchen Informationskampagnen auf verschiedenen Ebenen, einschließlich der Abgeord-

neten im Bundestag. Bürger*innen und Konsument*innen muss vor allem klarer kommuniziert werden, welchen Segen, welchen Reichtum und welche Chancen die Energiewende bringt, einschließlich der Chance, sich an diesem Gemeinschaftsprojekt auf verschiedene Weisen direkt beteiligen zu können. Vielen Menschen sind diese **Chancen der Beteiligung** nicht klar. Die Politik muss sich sowohl stärker bemühen, Möglichkeiten zu schaffen, Bürger*innen frühzeitig und auch finanziell an Energiewendeprojekten zu beteiligen (da diese Beteiligung die Akzeptanz im konkreten Fall stärkt: »Ein Windrad, an dem ich selbst beteiligt bin, stört nicht, wenn es in meinem Blickfeld ist«) als auch über diese Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren.

Des Weiteren muss die »teure Energiewende« als ein Mythos entlarvt und nachvollziehbar und nachdrücklich vermittelt werden, dass die **Energiewende der Weg ist, vom Teurem wegzukommen**. Seit der Bundestagswahl 2013 wird die Energiewende teuer geredet. Damit soll nicht gesagt sein, dass die Energiewende nicht mit Kosten verbunden ist. Vielmehr fehlt es an Offenheit und Transparenz darüber, dass die Steuerzahler*innen mit wesentlich höheren Kosten zu rechnen hätten, wenn wir bei

fossilem und atomarem Strom blieben. Würden die externalisierten Kosten mit einberechnet, schnitten die fossile und nukleare Stromversorgung deutlich schlechter als die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ab. Vor diesem Hintergrund muss die Politik Ehrlichkeit beweisen gegenüber den Bürger*innen und offen darlegen, wie hoch die tatsächlichen Kosten (einschließlich externalisierter Kosten) sind und welchen Anteil die Steuerzahler*innen daran tragen. Die Rede von der teuren Wende hin zu den Erneuerbaren Energien steht im starken Kontrast zur »nuklearen Energiewende« in den 1960er Jahren, bei der Mehr- und Folgekosten kein Thema gewesen sind. Selbst heute werden die Folgekosten der Nuklearindustrie und ihrer Abwicklung kaum diskutiert. Hier stellt sich die Frage, ob eine Verlagerung der aktuellen Debatte hin zu Chancen und Kosteneinsparung eher gelingen würde, gäbe es **eine politische Institution, die für die Energiewende explizit zuständig wäre** – bei der nuklearen Energiewende gab es einen »Nuklearminister« (Franz-Josef Strauß, Bundesminister für Atomfragen).

SOZIALE GERECHTIGKEIT (1/2)

Die Politik muss denjenigen, die durch den Systemumbau (zumindest kurzfristig) Verluste erleiden, Handlungsoptionen aufzeigen oder Entlastung anbieten

Die Politik braucht die erforderliche Sensibilität und Handlungsfähigkeit, um mit real erlittenen oder subjektiv empfundenen Verlusten umzugehen. Beim Kohleausstieg gibt es keinen Zweifel, dass bisherige Lebensweisen, Berufe und Identitäten in Frage gestellt werden und Arbeitsplätze verloren gehen, darauf muss die Politik eine Antwort finden. Gleichzeitig muss sie berücksichtigen, dass der Arbeitsplatzverlust beim Kohleausstieg relativ betrachtet eher wenige Menschen betrifft. Gerade im Hinblick auf die Mehrheit der Bevölkerung, die sich aktiv an der Energiewende beteiligen möchte, kann dieser Arbeitsverlust kein Grund sein, die Energiewende zu verzögern. Von energetischen Sanierungen profitieren Mieter*innen häufig auch langfristig nicht, wenn sie sich die in Folge stark erhöhten Mieten nicht leisten können. Entsprechend könnten Mieter*innen durch Steuerminderung bei Mieterhöhungen in Folge von energetischer Sanierung entlastet werden.

Der aktuelle Zustand – viel »schmutzige Energie«, vorwiegend autogerechte Stadtviertel – produziert auch Verlierer

In der Debatte über (Un-)gerechtigkeiten müssen auch die bereits bestehenden Ungerechtigkeiten mit angesprochen werden. Es darf nicht suggeriert werden, der Ist-Zustand sei zu hundert Prozent gerecht und nur die Umsetzung der Energiewende führe in die Ungerechtigkeit. Ein wichtiger Gerechtigkeitsaspekt in der aktuellen Situation ist: Wer trägt die Kosten und Nachteile von schmutziger Energie? Zum Beispiel leben überwiegend einkommensschwächere Haushalte an stark verkehrsbelasteten Straßen. Wenn im Zuge der Energiewende auch für eine bessere Lebensqualität im eigenen Stadtviertel gesorgt würde, stellte dies ebenfalls einen nennenswerten Beitrag zu mehr Gerechtigkeit in den allgemeinen Lebensverhältnissen dar. Dementsprechend müssen auch Verbesserungen, die sich im Zuge der Energiewende ergeben (können), in Debatten über (Un-)gerechtigkeiten mit kommuniziert werden.

Es bedarf einer gerechteren Verteilung der Kosten

Die Politik muss sich für eine gerechte Gestaltung des Übergangs in die neue Energiewelt bemühen. Die derzeitigen Industrieprivilegien bei der Finanzierung der Energiewende werden von vielen Privathaushalten kritisch gesehen. Dem Verursacherprinzip entsprechend sollten es die Energie-Großverbraucher und CO₂-Hauptemittenten sein, die den Hauptteil der Kosten für den Ausbau der Erneuerbaren Energien tragen.

Bei den privaten Haushalten gehen progressive Tarife (ansteigender Preis je Verbrauchseinheit bei zunehmendem Verbrauch) zu Lasten der Geringverdiener-Haushalte, da diese, relativ betrachtet, stärker von den Kosten betroffen sind. Diesen Haushalten wäre geholfen, wenn verursachergerecht CO₂-Emissionen und Energieverbrauch entsprechend bepreist und sie an anderer Stelle, zum Beispiel durch Reduktion der Mehrwertsteuer, entlastet würden. Die Entlastung müsste nicht im Energiebereich erfolgen, sondern könnte an anderer Stelle stattfinden.

Eine gerechtere Verteilung der Kosten würde auch dann erfolgen, wenn die Energiewende über Steu-

SOZIALE GERECHTIGKEIT (2/2)

ern und nicht über den Strompreis finanziert würde. An die Stelle einer Umlage, die von den Stromkunden bezahlt wird, könnte zum Beispiel ganz oder teilweise ein Energiewendefonds treten, in welchen Geld aus Einkommens- und Unternehmenssteuern einfließen. Durch einen solchen Fonds, für den neben Verbraucherschutzverbänden auch der ehemalige Bundesumweltminister Klaus Töpfer wirbt, würden die besserverdienenden Bürger*innen und profitable Unternehmen die finanzielle Hauptlast der Energiewende schultern. Dies würde auch das Empfinden der Verbraucher*innen, die Energiewende sei (zu) teuer, verringern.

Regionen, die überdurchschnittlich zum Gelingen der Energiewende beitragen, dürfen nicht wegen einer inkonsistenten Gesetzgebung schlechter gestellt werden

Es gibt ein starkes Ungerechtigkeitsempfinden in Bezug auf die Netzentgelte. Es ist kaum vermittelbar, dass in ländlichen Regionen, in denen es viele Windräder gibt, die Netzentgelte wegen eben dieser Windräder stark steigen (Anschluss der Windkraftanlagen an das lokale Stromnetz, weitflächige Stromverteilung etc.), gleichzeitig aber die Investi-

tionen von Energiekonzernen aus anderen Teilen Deutschlands kommen und die Gewinne auch wieder dorthin fließen, und nicht in der Region bleiben. Es gibt an vielen Stellen eine inkonsistente Gesetzgebung, die bei den Menschen den Eindruck erweckt, dass der Einsatz für die Energiewende nicht honoriert wird oder dass die Energiewende nicht wirklich gewollt ist. Die Politik hinkt mit der Anpassung (siehe zum Beispiel das »Netzentgeltmodernisierungsgesetz«) und der Erweiterung der Gesetzgebung hinterher.

Geringer Energieverbrauch sollte kommunikativ und materiell anerkannt werden

Studien zeigen, der Energieverbrauch steigt mit der Höhe des Einkommens und dem Bildungsstand. Die gut verdienenden Haushalte verbrauchen, absolut betrachtet, deutlich mehr Strom als die Geringverdiener-Haushalte (auch durch Rebound-Effekte), selbst wenn einkommensschwächere Haushalte eine schlechtere Energieeffizienz haben. Einkommensschwächere Haushalte können es sich nicht leisten, mehrere Autos oder große Wohnflächen zu besitzen. Daher tragen sie am wenigsten zu CO₂-Emissionen bei und haben den kli-

mafrendlicheren Lebensstil. Im Diskurs zur Energiewende muss dieser energiewendefreundliche Lebensstil stärker wertgeschätzt werden. Derzeit wird energiewendefreundliches Verhalten zumeist auf diejenigen bezogen, die als Einkommensstärkere einen höheren Verbrauch haben, aber zum Beispiel durch die Installation von Wärmepumpen oder PV-Anlagen im Eigenheim diesen Verbrauch etwas weniger »schmutzig« gestalten. Es braucht politische Innovationen, damit Menschen, die nur geringfügig zu CO₂-Emissionen beitragen, auch dafür belohnt werden können. Eine Möglichkeit wäre, eine Besteuerung von Kerosin in der gewerblichen Luftfahrt einzuführen und den Erlös an diejenigen auszuzahlen, die nicht fliegen. Eine durch Flieger bezahlte Nichtflieger-Prämie könnte als eine Art Emissionshandel aufgesetzt werden: Sie billige dann den Menschen einen bestimmten Emissionsausstoß durch Fliegen zu, und diejenigen, die kaum oder gar nicht fliegen, könnten ihre Emissionsrechte verkaufen. Das gleiche Prinzip könnte auf Kreuzfahrten angewendet werden.

WEITERE PLANUNG

Die Hinweise und Anregungen, die aus der Plenumsdiskussion gewonnen werden konnten, gehen in die weitere Forschungsarbeit von ENavi zu sozialen Dimensionen der Energiewende ein.

NÄCHSTE SCHRITTE

Die wichtigsten Aufgaben und Anlässe für den weiteren Austausch mit den Kompetenzteams im Jahr 2019 sind:

- Der Dialog über erste Maßnahmenbündel zur Transformation des Strom- und des Verkehrssystems. Zentrale Fragen werden sein: Wie ist die praktische Umsetzbarkeit der Maßnahmen(bündel) angesichts der zu erwartenden Folgen zu bewerten? Wie können Zielkonflikte (die in der Regel nicht vollständig zu vermeiden sind) aufgelöst oder gemildert werden? Was wären (weitere) flankierende Maßnahmen, mit denen die praktische Umsetzbarkeit verbessert und Zielkonflikte adressiert werden könnten?
- Die Präsentation der Ergebnisse aus der aktuellen Phase des ENavi-Projekts;
- Die gemeinsame Reflexion zur bisherigen Verfahrensweise beim Austausch von Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft, um Stärken und Schwächen sowie Verbesserungsmöglichkeiten zu bestimmen.

4. Treffen der Kompetenzteams

*Gemeinsames Treffen der Kompetenzteams und des Diskursbeirats
des Kopernikus-Projektes ENavi*

Verbraucherfreundliche und verbrauchergestützte Energiewende: Was sind Ansatzpunkte für die Politik?

19. November 2018, Berlin, Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.

17:30 – 18:00	Empfang
18:00 – 18:15	Begrüßung und Einführung <i>Dr. Piet Sellke, Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) und DIALOGIK</i> <i>Dr. Marion Dreyer, DIALOGIK</i>
18:15 – 18:45	Akzeptanz und Verhaltensänderung – Zwei Seiten der gleichen Medaille? <i>Prof. Dr. Ellen Matthies, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Institut für Psychologie</i>
18:45 – 19:15	Gerechtigkeitsempfinden und Gerechtigkeitseinstellungen im Rahmen der Energiewende: empirische Ergebnisse aus dem ›Sozialen Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende‹ Zwischenergebnisse und offene Fragen <i>Daniela Setton, IASS, federführende Autorin des Barometers</i>
19:15 – 19:30	›Wo ist Norden?‹ Drei Thesen und Ihr Standpunkt
19:30 – 20:30	Moderierte Plenumsdiskussion <i>Moderation: Frank Ulmer, DIALOGIK</i>
20:30 – 20:40	Ausblick auf ENavi 2019 <i>Dr. Marion Dreyer, DIALOGIK</i>
20:40 – 21:30	Austausch bei kleinem Buffet

TEILNEHMERINNEN & TEILNEHMER

Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Kompetenzteams (KT) und dem ENavi-Diskursbeirat

Liv Anne Becker <i>KT Infrastruktur/Netze</i>	Deutsche Umwelthilfe e.V. , Berlin Bereich Energie und Klimaschutz; Kopernikus-Projekt ENSURE	Sophie Quecke <i>ENavi-Diskursbeirat</i>	in Vertretung von Sybille Benning MdB, Bundestagsabgeordnete , Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Dr. Anna Christmann MdB <i>ENavi-Diskursbeirat</i>	Bundestagsabgeordnete , Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung	Dirk Pritsch <i>KT Mobilität</i>	Berliner Agentur für Elektromobilität eMO , Berlin Projektmanager Innovation Intelligente Infrastruktur
Klaus Henschke <i>KT Infrastruktur/Netze</i>	Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH (WFBB) , Potsdam Clustermanager	Dr.-Ing. Albrecht Reuter <i>KT Infrastruktur/Netze</i>	Fichtner IT Consulting GmbH , Stuttgart Geschäftsführer Managing Director
Sylvia Kotting-Uhl MdB <i>ENavi-Diskursbeirat</i>	Bundestagsabgeordnete , Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	Katharina Schimek-Hefft <i>KT Wärme/Gebäude</i>	Stadtwerke Heidelberg Energie , Heidelberg Marketingleiterin
Ralph Lenkert MdB <i>ENavi-Diskursbeirat</i>	Bundestagsabgeordneter , Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	Georg Unger <i>KT Mobilität</i>	EnergieAgentur.NRW , Düsseldorf Fachmann Kraftwerkstechnologien und Transformationsforschung
Marc Pätschke <i>KT Infrastruktur/Netze</i>	Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN) , Mannheim Abteilungsleiter Digitale Mobilität	Sebastian Wider <i>KT Infrastruktur/Netze</i>	SW Engineering Services , Stuttgart Geschäftsführer

Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den ENavi-Arbeitspaketen (AP) und weitere Projektbeteiligte

Prof. Dr. Matthias Bergmann <i>AP 12</i>	Institut für sozial-ökologische Forschung GmbH (ISOE), Berlin	Prof. Dr. Ellen Matthies <i>Vortragende APO6</i>	Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg Institut für Psychologie
Christina Camier <i>ENavi-Geschäftsstelle</i>	Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung e.V. (IASS), Potsdam	Dr. Steffi Ober <i>AP 12</i>	Forschungswende, NABU-Naturschutzbund Deutschland e.V., Berlin
Frank Dratsdrummer <i>AP 12</i>	DIALOGIK gemeinnützige Gesellschaft für Kommunikations- und Kooperationsforschung mbH, Stuttgart	Mascha Richter <i>AP 12</i>	Reiner Lemoine Institut (RLI), Berlin
Dr. Marion Dreyer <i>AP 12</i>	DIALOGIK gemeinnützige GmbH, Stuttgart	Dr. Piet Sellke <i>AP 11 AP 12</i>	Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung e.V. (IASS), Potsdam; DIALOGIK gemeinnützige GmbH, Stuttgart
Dr. Ulrich Fahl <i>AP 03</i>	IER Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung, Stuttgart	Daniela Setton <i>Vortragende</i>	Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung e.V. (IASS), Potsdam
Alexander Großmann <i>AP 12</i>	Forschungswende, Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)	Iris Tuttlies <i>AP 12</i>	INEP Institut Oldenburg gGmbH
Jahn Harrison <i>AP 12</i>	Forschungswende, NABU-Naturschutzbund Deutschland e.V., Berlin	Frank Ulmer <i>AP 12</i>	DIALOGIK gemeinnützige GmbH, Stuttgart
Dr. Georg Kamp <i>Projekträger Jülich</i>	Forschungszentrum Jülich, Project Management Jülich (PtJ), Jülich	Hanns-Christoph Zippel <i>ENavi Betriebsräte-Plattform</i>	Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Halle (Saale) Vorsitzender gemeinsamer Betriebsrat Sachsen-Anhalt

ENavi-Arbeitspakete im Überblick:

AP01 - Roadmap & Navigation | **AP02** - Technologische Transformation | **AP03** - Wirtschaftlicher Instrumentencheck | **AP04** - Rechtssicheres Gelingen | **AP05** - Politikkoordination & Partizipation | **AP06** - Verhalten im Wandel von Werten & Lebensstilen | **AP07** - Einklang der Nachhaltigkeitsziele | **AP08** - Systeme zusammenführen | **AP09** - Digitalisierung & IKT | **AP10** - Internationaler Blickwinkel | **AP11** - Multikriterielle Bewertung | **AP12** - Wissenschaft & Praxis im Dialog | **AP13** - Praxistest

Verantwortliche für Konzept und Organisation der Veranstaltung

DIALOGIK, IASS und Forschungswende leiten gemeinsam das ENavi-Teilprojekt, das zur Aufgabe hat, den kontinuierlichen Austausch von Wissenschaft und Praxis zu gewährleisten – insbesondere über regelmäßige Treffen der Kompetenzteams.



DIALOGIK ist ein gemeinnütziges Forschungsunternehmen, das sich zur Aufgabe gemacht hat, Wissen über Kommunikation und Kooperation zu erweitern und damit zu einer zielgerichteten, adressatengerechten und gelingenden Kommunikationskultur beizutragen. In der Erforschung komplexer Kommunikationsprozesse im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft setzt DIALOGIK gezielt diskursive Untersuchungsmethoden ein.

www.dialogik-expert.de



Das IASS Potsdam ist ein Forschungsinstitut, dessen Forschungsansatz darauf abzielt, möglichst alle relevanten Formen des Wissens innerhalb und außerhalb der Wissenschaft zusammenzuführen, um gemeinsam das Handlungswissen für geeignete Lösungen zu finden und die notwendige Transformation hin zu einer nachhaltigen Entwicklung zu initiieren, zu unterstützen und wissenschaftlich zu begleiten.

www.iass-potsdam.de



Die Zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende unterstützt den Austausch der zivilgesellschaftlichen Organisationen zu Forschung und Innovation. Ein breites Bündnis von Organisationen aus Umwelt- und Naturschutz, Verbraucherschutz, Entwicklungshilfe bis hin zu Sozialverbänden engagieren sich auf dieser Plattform für mehr Partizipation und Transparenz in Forschungs- und Innovationspolitik einerseits sowie einer entschiedeneren Ausrichtung der Forschungspolitik an gesellschaftlichen Herausforderungen wie Klimawandel, Ressourcenübernutzung oder Welternährung andererseits.

www.forschungswende.de